



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,
nach wie vor ist die Zustimmung zu den getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Covid-19-Virus hoch. Laut einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung halten sie 69 Prozent für angemessen. Und sogar 73 Prozent vertrauen darauf, dass unser Land auch zukünftige Herausforderungen bewältigen wird. Die Tatsache, dass das Interesse an Nachrichten über Corona gesunken ist, belegt, dass eine gewisse Übersättigung eingetreten ist. Corona gehört inzwischen zum Alltag und wird weniger als etwas Außergewöhnliches wahrgenommen. Aber solange es die Pan-

demie gibt, werden wir alles tun, um die Situation aller Betroffenen zu verbessern. Dazu haben wir in dieser Woche z.B. die Lohnfortzahlung für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen müssen, weil Schule oder Kita geschlossen sind, von sechs auf zehn Wochen verlängert. Damit können Eltern sowie Alleinerziehende diese Leistung bis maximal 20 Wochen in Anspruch nehmen. Auch wurden Eltern von behinderten Kindern mit eingezogen. Wir werden zudem dafür sorgen, dass der Corona-Bonus durch die Arbeitgeber von maximal 1.500 Euro steuerfrei sein wird. Erstmals besetzt wurde der Vorstand der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Aus-

gewählt wurden Katarina Peranic von der Stiftung Bürgermut“ sowie Jan Holze von der Ehrenamtsstiftung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ihre vordringliche Aufgabe ist der Aufbau der Stiftung in Neustrelitz und die Umsetzung erster Vorhaben noch in diesem Jahr.

Bleiben Sie alle gesund und helfen Sie dabei, dass andere gesund bleiben.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst
Ihr

Stasi Akten sollten in Frankfurt (Oder) bleiben

Am 19. Mai 2020 führte ich mit der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Maria Nooke, in Potsdam nochmals ein Gespräch über die Zukunft der Außenstelle der Stasi-Unterlagenbehörde in Frankfurt (Oder). Wir haben ausführlich über Nookes Vorschlag diskutiert, zwei Standorte - nämlich Frankfurt (Oder) und Cottbus - zu etablieren. Nachträglich mahne ich noch einmal

mit Blick auf die entstehenden Kosten und die in Frankfurt vorhandenen Kompetenzen an, die Akten in dem gut aufgestellten und erfolgreich tätigen Archiv in Frankfurt zu be-

lassen. In Cottbus sollte hingegen die Weiterentwicklung des Menschenrechtszentrums - gegebenenfalls mit der Errichtung einer Beratungs- und Kontaktstelle erfolgen.



Adoption: Rechtsanspruch auf Beratung und Begleitung

Wer ein Kind adoptieren will, hat künftig einen Rechtsanspruch auf Beratung und Begleitung durch eine Adoptionsvermittlungsstelle. Soll ein Stiefkind adoptiert werden, ist eine vorhergehende Beratung in Zukunft sogar Pflicht. Dies haben wir am Donnerstag (28.5.2020) im Deutschen Bundestag beschlossen. Mit dem Gesetz werden adoptionswillige Eltern besser unterstützt. Zugleich wird dem Wohl und dem Recht des Kindes auf Informationen über seine Herkunft vermehrt Rechnung getragen.

In den Jugendämtern werden neue Adoptionsvermittlungsstellen eingerichtet. Ihre Aufgabe ist es, eine altersgerechte Aufklärung des Kindes über die Adoption zu leisten. Sie besprechen mit den Herkunftseltern und den Adoptiveltern, ob und wie ein Informationsaustausch oder Kontakt zwischen ihnen im Sinne des Kindeswohls stattfinden kann. Diese Gespräche sollen mit dem Einverständnis aller Beteiligten in angemessenen Zeitabständen wiederholt werden. Zudem erhalten die Herkunftseltern ein Recht auf jene Informationen über das

Kind, die die Adoptiveltern freiwillig an die Adoptionsvermittlungsstelle geben.

Verschärft werden die Auflagen bei Auslandsadoptionen. Sie dürfen nur noch durch eine Adoptionsvermittlungsstelle vermittelt werden. Zudem wird für Adoptionsbeschlüsse im Ausland ein verpflichtendes Anerkennungsverfahren im Inland eingeführt. Unbegleitete Adoptionen werden nur noch anerkannt, wenn dies für das Kindeswohl erforderlich ist.

„Die Wippe“ ist in Bewegung

Endlich kommt das Freiheits- und Einheitsdenkmal. Am Donnerstag (28.5.2020) hat Kulturstaatsministerin Monika Grütters den Spatenstich für das Bauwerk zur Erinnerung an die friedliche Revolution in der DDR Ende 1989 gesetzt. Das Denkmal vor dem rekonstruierten Berliner Stadtschloss verweist auf ein Ereignis, das laut einer Umfrage von 2016 70 Prozent der Bevölkerung als Glücksfall der deutschen Geschichte betrachten.

Ich freue mich daher sehr darüber, dass dieses unter dem Begriff „Die Wippe“ bekannte Projekt, das schon 2007 beschlossen wurde, aber wegen Finanzierungsstreitigkeiten immer wieder in der Schwebe hängen blieb, im wahrsten Sinne des Wortes nun tatsächlich



in Bewegung gekommen ist. Seit 2016 unterstütze ich die Initiatoren, die lange um die Realisierung des interaktiven, partizipativen und zugleich extrovertierten Freiheitsdenkmals „Bürger in Bewegung“ kämpfen mussten.

Wir Menschen werden eingeladen, auf dieser Schale, an diesem Ort und um diesen Ort herum unsere unterschiedlichsten

Erinnerungen und Erfahrungen zu diskutieren. Der Standort ist voller historischer Bezüge und Kulturbauten. Er wird mit dieser interaktiven Idee, die hinter der Wippe steht, einen historischen und transparenten Diskurs über Freiheit, Demokratie, Frieden und gesellschaftliche Widersprüche im öffentlichen Raum in noch nicht geahnter Art und Weise ermöglichen.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Skrollan Olschewski
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Hongkong: China gefährdet Sonderstatus durch neues „Sicherheitsgesetz“

Trotz massiver internationaler Kritik hat China am Donnerstag (28.05.2020) das neue so genannte „Sicherheitsgesetz“ für Hongkong unter dem Vorwand der Corona-Pandemie verabschiedet. Damit gefährdet Peking den freiheitlichen Status Hongkongs. Hongkonger Bürger sind zu recht verängstigt und empört. Das neue Sicherheitsgesetz ist ein Angriff auf die Autonomie Hongkongs, die China mit dem Vertrag „Ein Land - zwei Systeme“ zugesichert hatte. Es wird die Grundfreiheiten in Hongkong effektiv zerstören. Es wird die Menschen, die freiheitlich-demokratischen Prinzipien folgen, kriminalisieren. Auch Kontakte zu ausländischen Medien und Parlamentariern werden kriminalisiert.

Als Mitglied des Menschenrechtsaus-

schusses des Deutschen Bundestages und zuständiger Berichterstatter für Südostasien habe ich am 7. Mai 2020 zu den Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Hongkong einen Brief an den chinesischen Botschafter geschrieben mit dem Appell, den Druck auf die demokratische Bewegung in Hongkong einzustellen und im eigenen Interesse vertragstreu zu bleiben.

Ich werde weiter die demokratische Bewegung in Hongkong unterstützen und habe daher in der letzten Woche eine internationale Erklärung unterschrieben, die bis jetzt 611 Parlamentarier aus 32 Ländern mitgezeichnet haben.
(<https://www.hongkongwatch.org/all->

[posts/2020/5/23/patten-led-group-of-198-parliamentarians-from-23-countries-decry-flagrant-breach-of-the-sino-british-joint-declaration](https://www.bundestag.de/posts/2020/5/23/patten-led-group-of-198-parliamentarians-from-23-countries-decry-flagrant-breach-of-the-sino-british-joint-declaration)).

Es freut mich sehr, dass wir Abgeordnete des Menschenrechtsausschusses am Mittwoch eine Erklärung zu der nicht zu rechtfertigenden Situation in Hongkong beschlossen haben mit dem Aufruf an die chinesische Regierung, das international breit kritisierte und widerrechtliche Gesetz sofort fallen zu lassen, um „den freiheitlichen Status Hongkongs nicht weiter zu gefährden...“.

(https://www.bundestag.de/ausschuesse/a17_menschenrechte/Erklaerungen?url=L2F1c3NjaHVlc3NIL2ExN19tZW5zY2hlnJlY2h0ZS9FcmtsYWVydW5nZW4vaG9uZ2tvmctNjk4Mzg4&mod=mod595264).

Ideenwettbewerb Bürgerschaftliches Engagement

Wie auch im vergangenen Jahr findet wieder der Ideenwettbewerb „Machen!2020“ für bürgerschaftliches Engagement statt. Ehrenamtlich Engagierte in den neuen Ländern sollen die Möglichkeit bekommen, für ihre Ideen eine spürbare Anschubfinanzierung zu erhalten. Diejenigen,

die die Welt vor der eigenen Haustür ein bisschen besser machen wollen, die mit ihrer Tätigkeit Verantwortung übernehmen, sollen eine größere Wertschätzung erhalten.

Bewerben können sich ab sofort bis Ende Juli 2020 alle engagierten,

kreativen Gruppen aus Gemeinden, Klein- und Mittelstädten der neuen Länder mit bis zu 50.000 Einwohnern. Insgesamt 50 Preisträger können Preisgelder zwischen 5.000 und 15.000 Euro gewinnen.

Nähere Informationen finden Sie unter www.machen2020.de.